

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Forschung und Technologie

19. Sitzung
28. Januar 2013

Beginn: 14.10 Uhr
Schluss: 15.49 Uhr
Vorsitz: Michael Dietmann (CDU)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Nicole Ludwig (GRÜNE) fragt, welche Ziele die Senatorin mit der von ihr angekündigten Start-up-Messe verfolge und warum die bestehenden Formate nicht besser unterstützt würden.

Senatorin Cornelia Yzer (SenWiTechForsch) stellt klar, dass sie keine Start-up-Messe angekündigt habe. Der RBm habe Start-up-Unternehmen besucht. In der Folge sei über eine mögliche Start-up-Messe – veranstaltet von der Messe Berlin – diskutiert worden. Überlegungen der Messe seien noch nicht abgeschlossen. Man habe bereits eine Gründermesse mit langer Tradition und großem Erfolg. Außerdem gebe es ein breites Angebot privater Initiatoren.

Nicole Ludwig (GRÜNE) fragt nach, ob die Senatorin in die Planungen eingebunden sei.

Senatorin Cornelia Yzer (SenWiTechForsch) antwortet, die Überlegungen der Messe seien nicht abgeschlossen und noch nicht Gegenstand in Aufsichtsgremien.

Die Aktuelle Viertelstunde ist beendet.

Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/0550
**Neue Förderperiode der EU-Strukturfonds: Eine
Strategie für Berlin muss her!**

[0046](#)
WiFoTech
ArbIntFrau
EuroBundMed(f)
Haupt

Nicole Ludwig (GRÜNE) äußert, dass bisher kein Gesamtkonzept für die neue Förderperiode vorliege; im Hauptausschuss sei um Fristverlängerung gebeten worden. Es sehe nach Anpassungen einzelner Programme, aber nicht nach einer großen Neuausrichtung aus. Die Möglichkeit bestehe, Synergieeffekte durch gemeinsame Nutzung von ESF und EFRE bspw. für Arbeitsmarktprojekte zu erreichen. Es fehle ein Leitbild zur Positionierung der Berliner Wirtschaft. Die Neuausrichtung der Förderpolitik könnte ein Schub sein. Warum verschließe sich die Senatorin dem Leitbild Nachhaltigkeit, Energiewende, Green Economy? Bei der neuen Förderstrategie gehe es auch darum, die Ausschöpfung der Fördermittel dauerhaft zu gewährleisten. In der neuen Förderperiode seien die Anforderungen an die Abrechnung und Erfolgskontrolle höher. Bereits in der Vergangenheit sei es für kleine Unternehmen schwer gewesen, alle Auflagen zu erfüllen. Wolle die Senatorin die Beratungsstellen besser ausstatten, um den Zugang zu erleichtern? Die Fördersumme werde wahrscheinlich für Berlin geringer ausfallen, evtl. bis zu 30 Prozent. Wie wolle die Senatorin damit umgehen?

Senatorin Cornelia Yzer (SenWiTechForsch) legt dar, die Erstellung der operationellen Programme werde seit geraumer Zeit mit Wirtschafts-/Sozialpartnern und Senatsverwaltungen diskutiert. Orientiert an den EU-Vorgaben sei eine Reihe von Schwerpunktbildungen vorgenommen worden. Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik – bspw. Schaufenster Elektromobilität, Urbane Technologien/Smart Cities – spielten eine wichtige Rolle, könnten damit aber nicht gleichgesetzt werden. Mindestens 80 Prozent der EU-Mittel müssten für die Ziele Innovation, IuK-Technologien, Wettbewerbsfähigkeit und Verringerung der CO₂-Emissionen verwendet werden. Schwerpunktthemen seien dementsprechend die dauerhafte Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Wirtschaft durch Intensivierung und Ausbau der Forschungs- und Innovationsaktivitäten und der Forschungseinrichtungen, die Steigerung der Investitionstätigkeit der Wirtschaft durch Ausbau von Gründungsaktivitäten v. a. in strukturrelevanten und überregional wettbewerbsfähigen Bereichen, die Stärkung von Kooperationen, die zur Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft beitragen, die Reduzierung klimaschädlicher Emissionen und Steigerung der Energie- und Rohstoffeffizienz der Wirtschaft, die Verbesserung der sozialen Integration insbesondere in Problemgebieten und die Sicherung guter Teilhabechancen für alle Bevölkerungsgruppen. Dies werde durch Maßnahmenpakete unterlegt, die im ersten Halbjahr 2013 erarbeitet und dem Abghs zur Information vorgelegt würden.

Jutta Matuschek (LINKE) erklärt, es sei ein Manko, dass die Erstellung der Eckpunkte nicht in den Fachausschüssen des Parlaments beraten worden sei. Inzwischen gebe es Eckpunkte. Eine Beratung erfolge allenfalls im Hauptausschuss, jedoch sei Fristverlängerung bis Ende März erbeten worden. Ihre Fraktion stimme dem Antrag der Grünen zu. Es sei Recht und Pflicht der Fachausschüsse, ihre Sicht in die Diskussion einzubringen, zumal es offensichtlich zu einer erheblichen Reduktion der EU-Mittel kommen werde. Sie interessiere, worin die Dissonanzen und weiteren Klärungsbedarfe in den von SenWiTechForsch geführten Beratungen mit Senatsverwaltungen und Wirtschafts-/Sozialpartnern bestünden. Der Ansatz, auch die städti-

schen Belange stärker zu berücksichtigen und bspw. klimaschädliches Wirtschaften anzugehen, sei zu begrüßen.

Frank Jahnke (SPD) bemerkt, der Antrag biete einen Überblick über die EU-Förderungen, die aber für Berlin nicht alle relevant seien. Die von der Senatorin dargelegten Schwerpunktsetzungen zu EFRE und ESF seien überzeugend, zielgerichtet und orientierten sich an den geänderten EU-Förderbedingungen. Die vermuteten Millionenverluste seien daher nicht nachvollziehbar. Auch Nachhaltigkeit und CO₂-Reduzierung würden berücksichtigt. Er sehe hier ein gemeinsames Wollen. Deshalb sei der Antrag entbehrlich.

Anja Schillhaneck (GRÜNE) erwidert, dass die aufgeworfenen Fragen durch die schlagworthaften mündlichen Einordnungen nicht beantwortet seien. IT-Infrastruktur habe nicht den Rang eines nationalen Ziels. Die Senkung der Schulabbrecherquote sei als nationales Ziel ausgegeben. Die Gesamtstrategie von 2009 sei noch keine den neuen Gegebenheiten angepasste Weiterentwicklung gewesen. Insofern wäre eine entsprechende Unterlage sinnvoll. Für die parlamentarische Befassung müssten die Ergebnisse der Arbeitsgruppengespräche aufbereitet werden. Weshalb sei im Hauptausschuss Fristverlängerung beantragt worden? Der Antrag habe Druck entfalten sollen; die fachpolitische Ebene im Abghs müsse zeitnah befasst werden, da es sich um langfristige fachpolitische und haushaltsrelevante Richtungssetzungen handele. Der Antrag sei deshalb nicht hinfällig, solle aber wie folgt geändert werden: Der Senat solle dem Abghs unverzüglich einen Entwurf für die strategischen Eckpunkte, operativen Programme und Umsetzungsstrategien vorlegen. – Was werde nach den EU-Vorgaben in der nächsten Förderperiode nicht mehr möglich sein?

Pavel Mayer (PIRATEN) plädiert dafür, einen aktuellen Entwurf vorzulegen. In Ordnung sei, dass die Eckpunkte mit Vertretern der Zivilgesellschaft erarbeitet würden. Es handele sich um ein komplexes Thema. Es solle nicht komplett am Parlament vorbeilaufen. Wie sollten die Mittel künftig ausgeschöpft werden? Wie laufe die Kommunikation des Senats mit der EU? Die Verabschiedung des Antrags wäre unschädlich und schränke den Senat nicht ein.

Heiko Melzer (CDU) äußert, dass Anträge im Idealfall Auswirkungen auf die Exekutive haben sollten. Über die Halbzeitbilanz und die EU-Strukturfondsförderperiode sei bereits im September beraten worden. Der Ausschuss ArbIntFrau habe im Dezember eine Anhörung durchgeführt. Er weise die Unterstellung zurück, dass das Parlament nicht beteiligt sei. Die Auftaktveranstaltung im Juni sei öffentlich gewesen. Die Eckpunkte könnten sich nur im von der EU vorgegebenen Rahmen bewegen. Berlin werde für bestimmte Verfahrenstechniken keine Sonderregelungen erhalten. Eine Gesamtstrategie liege vor. Den Antrag brauche man nicht.

Jutta Matuschek (LINKE) wirft ein, der Antrag sei nicht entbehrlich und rechtzeitig eingebracht worden. Im Eckpunktepapier werde eine N+3-Regelung angestrebt. Sie frage nach den Hintergründen, denn die N+2-Regelung gewährleiste Flexibilität, diszipliniere aber auch hinsichtlich der Mittelausschöpfung. Der Senat unterstütze die EU-Initiative zur Vereinfachung der Fördersystematik, zum Abbau des Verwaltungsaufwands und zum schnelleren Reagieren auf Entwicklungen. Habe der Senat dazu eigene Vorstellungen und Vorschläge?

Frank Jahnke (SPD) unterstreicht, dass eine parlamentarische Befassung – auch ohne diesen Antrag – erfolge. Der EU gehe es nach der Erweiterung darum, strukturschwache Regionen zu stärken, und man gehöre nicht zu den Allerärmsten. Insofern werde man möglicherweise

weniger Mittel erhalten. Gleichwohl gebe es Rückstände, bspw. bei der Schulabbrecher- und der Beschäftigungsquote. Diese würden im Rahmenprogramm berücksichtigt. Man müsse die Förderpolitik auf die EU-Vorgaben ausrichten. Dies werde überzeugend dargelegt.

Senatorin Cornelia Yzer (SenWiTechForsch) betont, dass man sich auf weniger Fördermittel einstellen müsse, was den Veränderungen im EU-Haushalt geschuldet sei. Ein Herunterbrechen sei aber noch nicht möglich. Allerdings habe Berlin erreicht, beim Verteilerschlüssel ähnlich günstig wie in der Vergangenheit berücksichtigt zu werden, sodass Mindestzuweisungen garantiert seien. Berlin sei bei der Wirtschaftsförderung in starkem Maße auf EU-Mittel angewiesen. Die Vereinfachung der Fördermechanismen und Antragstellungen sei parteiübergreifend ein einhelliges Begehren der Länder. Angesichts der Überfrachtung der Anforderungen an Antragsteller existierten Entbürokratisierungskommissionen auf EU-Ebene, allerdings mahnten die Mühlen auf europäischer Ebene langsam, sodass Entbürokratisierungsschritte – auch über die Förderperiode hinweg – nur schwer zu realisieren sein könnten. Deshalb sei es wichtig, dort zu Vereinfachungen von Antragsverfahren zu kommen, wo man unmittelbaren Einfluss habe. Sie habe die IBB um Vorschläge gebeten. Ergebnisse sollten im Februar präsentiert werden. Eine Befassung des Parlaments sei in ersten Schritten erfolgt. Darüber hinaus werde eine Befassung mit den Programmen unmittelbar nach dem Senatsbeschluss stattfinden. Ein Schwerpunkt liege auf der Qualifikation junger Menschen, die am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt außen vor seien, obwohl eine Nachfrage nach Auszubildenden bestehe. Dies sei auch im Gespräch mit den Sozialpartnern ein großes Thema. Sie verweise auf entsprechende Maßnahmen als Vorhaben.

Der **Ausschuss** beschließt mehrheitlich, die Ablehnung des Antrags – in geänderter Fassung – zu empfehlen (siehe im Einzelnen das Beschlussprotokoll).

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Drucksache 17/0626

EU-Strukturfonds-Förderperiode ab 2014:

**Gleichstellung endlich strukturell und wirtschaftlich
in Berlin verankern!**

[0053](#)

WiFoTech

ArbIntFrau

EuroBundMed(f)

Haupt

Anja Schillhaneck (GRÜNE) führt aus, Gleichstellung müsse nach den EU-Vorgaben als Querschnittsaufgabe in der Programmformulierung implementiert werden. Sie verweise insbesondere auf das Instrument des Gender-Budgetings. Gleichstellung müsse – unabhängig von der Größe des Projekts – strukturell verankert sein. Kleine innovative Projektträger dürften nicht de facto – durch Antrags- und Berichtspflichten – ausgeschlossen werden.

Senatorin Cornelia Yzer (SenWiTechForsch) knüpft an, Gleichstellung sei ein Querschnittsziel europäischer Strukturförderung. Derzeit seien 58,5 Prozent aller Teilnehmenden in ESF-kofinanzierten Maßnahmen – sowohl in Bezug auf die Erwerbsbeteiligung als auch in Bezug auf Arbeitslosigkeit überproportional repräsentiert – Frauen. Zu Beginn der laufenden Förderperiode hätten Arbeitsgruppen des Berliner Begleitausschusses Monitoringmodule für die drei Querschnittsziele des operationellen Programms erarbeitet. Die gewonnenen Daten seien ausgewertet und der EU-Kommission regelmäßig berichtet worden. Der letzte Jahresdurch-

führungsbericht habe zu dem Ergebnis geführt, dass 68 Prozent aller Vorhaben in der Planung das Querschnittsziel Chancengleichheit und 57 Prozent aller Vorhaben spezielle Aktivitäten zur Förderung von Frauen und Männern berücksichtigten. Das Thema habe eine erhebliche Bedeutung in den Programmen. Es müsse darauf geachtet werden, dass dies auch künftig gewährleistet sei. Gleichstellung bleibe in der neuen Förderperiode ein zentrales Anliegen. Chancengleichheit sei allerdings nur eines von sieben Querschnittszielen, das bei der Antragstellung berücksichtigt werden müsse, was Verwaltung und Antragsteller gleichermaßen belastete. Deshalb werde darauf zu achten sein, dass man keine überbordenden Antragserfordernisse stelle. Bereits heute seien überzogene Antragserfordernisse ein Riesenproblem. Ein Drittel der Fördersumme müsse Unternehmen zufolge bereits im Antragsverfahren eingesetzt werden. Es gebe Bundesländer, die Unternehmen rieten, auf EU-Mittel zu verzichten und nur die Komplementärmittel zu nehmen, um der überbordenden Antragsflut zu entgehen. Dies könne nicht die Zielrichtung sein. Es müsse Bürokratie eingedämmt werden.

Evrin Sommer (LINKE) vertritt die Ansicht, dass die genannten Zahlen Mengenangaben seien, aber keine qualitative Bewertung zuließen. Der Bürokratieaufwand sei von der EU vorgegeben. Nichterfüllung könne zu Rückforderungen führen, die man nicht wolle. Deshalb griffen die Ausführungen der Senatorin nicht. Es gehe darum, Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting in die operationellen Programme aufzunehmen. Linke und Grüne forderten eine Doppelstrategie. Es müssten konkrete, spezifische Gleichstellungsmaßnahmen in die operationellen Programme aufgenommen werden.

Pavel Mayer (PIRATEN) bemerkt, Deutschland tue sich mit dem Gleichstellungsthema im EU-Vergleich etwas schwer. Berlin sei deutschlandweit nicht gerade das Schlusslicht. Der Antrag sei sinnvoll, denn man könne und sollte mehr tun, allerdings stecke der Teufel im Detail. Gerade bei kleinen innovativen IT-Unternehmen sei festzustellen, dass die Frauenquote in MINT-Berufen sehr niedrig sei. Es sei bspw. schwierig, einen 30-Prozent-Frauenteil bei Softwareentwicklern zu erreichen. Frauenförderung in MINT-Berufen wäre ein Ansatzpunkt. Schlösse man Unternehmen und Branchen aus, die bestimmte Quoten nicht erfüllten, hätte man ein Riesenproblem. Die Förderhöhe könnte an Gleichstellungsziele, z. B. gleiche Bezahlung von Männern und Frauen, geknüpft werden. Es bringe nichts, den Unternehmen Lippenbekenntnisse abzufordern. Finanzielle Stellschrauben sollten behutsam angesetzt werden.

Dr. Ina Czyborra (SPD) schildert, man wolle eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen, die Lohnlücke schließen, bei der geschlechtsspezifischen Berufswahl weiterkommen, mehr Hilfestellung bei der Gründung von Unternehmen, den Abbau von Gründungshindernissen gerade bei Frauen und das Innovationspotential von Frauen besser erschließen. Die IT-Branche könne man nicht von der Leine lassen. Vielleicht könnten die IT-affinen Piraten analysieren, warum bei es ihnen so wenig Frauen gebe und warum sich im IT-Umfeld so wenig Frauen betätigen wollten. Die Eckpunkte beinhalteten zu allen Themenfeldern die Gleichstellung und besondere Förderung von Frauen. Die Unterlegung erfolge in den operationellen Programmen. Der Antrag beschreibe ein Defizit, das sie nicht nachvollziehen könne, es fehlten konkrete Handlungsempfehlungen, sodass er überflüssig und nicht hilfreich sei. Die Unternehmen brauchten Hilfestellung zur Bürokratiebewältigung, denn im europäischen Rahmen funktioniere der Bürokratieabbau anscheinend nicht richtig.

Jörn Jakob Schultze-Berndt (CDU) unterstreicht, die Gleichstellung müsse in allen Bereichen und Hierarchien der Wirtschaft noch deutlicher Fuß fassen. Die beschlossenen Maß-

nahmen seien stringent und führten nach vorne. Die Forderung, dass die Wirtschafts- und Sozialpartner Gender-Budgeting als Reporting aufbauen müssten, sei nicht richtig und in der konkreten Umsetzung nicht zielführend, zumal es die öffentliche Hand auch noch nicht ausreichend hinbekomme. Damit würde etwas aufgebaut und aufgebläht, was man nicht brauche und was keiner beherrschen könne. Man unterscheide nicht zwischen guten und schlechten Arbeitsplätzen; jeder/jede Arbeitslose sollte eine gute Position haben.

Anja Schillhaneck (GRÜNE) betont, ihrer Fraktion gehe es um überprüfbare Gleichstellungsziele. Der Erfolg der durchgeführten Maßnahmen solle gemessen werden, denn es bestehe immer wieder das Problem, dass man nicht exakt vorhersagen könne, wie groß der Beitrag der Maßnahmen zur Problembewältigung sei. Es gehe darum, positive Anreize zur Gleichstellung von Männern und Frauen zu formulieren. Dabei gehe es nicht nur um Arbeitsmarktpolitik. Die EU-Ziele seien breit gefasst. Der Antrag sei konkret. Neuer Berichtstermin solle der 30. April 2013 sein.

Der **Ausschuss** beschließt mehrheitlich, die Ablehnung des Antrags – mit geändertem Berichtstermin – zu empfehlen (siehe im Einzelnen das Beschlussprotokoll).

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Was unternimmt der Senat, um einer weiteren Verunsicherung in der Berliner Wirtschaft entgegen zu wirken?

(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0037](#)

WiFoTech

Nicole Ludwig (GRÜNE) führt aus, es gehe um die wirtschaftlichen Folgen der Verschiebung des BER-Eröffnungstermins auf unbestimmte Zeit. Die Eröffnung des BER habe der Berliner Wirtschaft einen Schub geben sollen. Insofern müsse man fragen, was die Wirtschaft davon halte. Die IHK spreche von Verunsicherung. Die deutsche Wirtschaft gehe davon aus, dass die Verschiebung ein schlechtes Licht auf den Industriestandort Deutschland werfe. Sie interessiere, wie SenWiTechForsch mit den betroffenen Unternehmen umgehe, z. B. Air Berlin – Air Berlin wolle 400 Stellen in Berlin abbauen – und der Logistikbranche im Flughafenumfeld, aber auch mit der Wirtschaft insgesamt, die darunter leide, auch wenn es am Rande immer wieder kleine Erfolgsgeschichten – Start-ups, Fashion-Szene – gebe.

Frank Jahnke (SPD) hält entgegen, dass die Berliner Wirtschaft nach den Wirtschaftsdaten und dem Geschäftsklimaindex offenkundig nicht verunsichert sei. Bei den Start-ups sei Berlin bundesweit spitze. Beim Wachstum sehe es gut aus. Auch beim Abbau der Arbeitslosigkeit sei man auf dem besten Weg, auch wenn der Sockel immer noch zu hoch sei. Die nationale und internationale Verunsicherung durch den verschobenen BER-Eröffnungstermin sei nicht riesig, zumal dies bei Großprojekten nicht ungewöhnlich sei. Er verweise auf die Flughäfen München und Heathrow, wo es zu Verzögerungen bzw. Verteuerungen gekommen sei. Berlin werde als Wirtschaftsstandort sehr gut wahrgenommen. Auch Fluggesellschaften und Handel setzten auf den neuen Flughafen, weil sie eine positive Perspektive sähen.

Ajibola Olalowo (GRÜNE) verweist auf die „Wirtschaftswoche“, der zufolge 600 Aufträge mit einem Volumen von rund 2 Mrd. Euro durch die Flughafengesellschaft zunächst nicht vergeben würden, wovon 3 000 Unternehmen betroffen seien. Offen bleibe, wie der Senat dem Problem abhelfe, dem Imageschaden entgegenwirke und das Image wieder aufpoliere. Berlin profitiere im Moment von der deutschlandweiten Konjunktur. Mit einem funktionierenden Flughafen und 40 000 zusätzlichen Jobs könnte es Berlin noch besser gehen.

Senatorin Cornelia Yzer (SenWiTechForsch) stellt fest, dass die Berliner Wirtschaft nicht verunsichert sei. Berlin sei bei der Wachstumsdynamik der Wirtschaftsstandort Nr. 1 in Deutschland, während sich die konjunkturelle Stimmung ansonsten eintrübe. Die Gründerszene sei in Berlin stark. Viele Branchen – IT, Kreativwirtschaft, Maschinenbau, Elektrotechnik, Gesundheitswirtschaft, Shared Services – entwickelten sich sehr positiv. Der Dienstleistungssektor sei der stärkste Arbeitsplatzmotor. Internationale Unternehmen siedelten Einheiten in Berlin an, obwohl bekannt sei, dass der Flughafen in nächster Zeit nicht öffnen werde. Gleichwohl sei die Verschiebung des Eröffnungstermins auf unbestimmte Zeit ein Desaster, denn Planungssicherheit sei für Unternehmen ein wichtiger Faktor bei Investitionen. Es gelte, die Interimsphase zu überbrücken und betroffene Firmen und Branchen zu flankieren. Über die Hilfestellung für mittelständische Unternehmen am BER habe sie bereits berichtet.

Die Kapazitäten von Tegel und Schönefeld seien zu nutzen, damit der Flugverkehr möglichst reibungslos abgewickelt werden könne, ggf. müsse man Investitionen tätigen, um die Interimsphase optimal zu überbrücken. Zusätzliche Personalausstattung habe die Flughafengesellschaft auf den Weg gebracht. Man werde den Prozess kontinuierlich begleiten. Air Berlin durchlaufe gerade einen schwierigen Restrukturierungsprozess, wolle aber zur künftigen Drehkreuzfunktion Berlins stehen, was allerdings auch von der Beurteilung des arabischen Partners abhängen. Mit den Fluggesellschaften werde man kontinuierlich im Dialog bleiben müssen. Was die Flughafenumfeldentwicklung angehe, sei Brandenburg weitaus negativer betroffen als Berlin. Der Korridor zwischen Stadtmitte und BER weise nach wie vor eine hohe Wachstumsdynamik auf. Entgegen erster Befürchtungen sei die Modemesse Panorama in Selchow erfolgreich verlaufen und solle auch bei geschlossenem Flughafen fortgesetzt werden. Beim Tourismus seien keine Nachteile zu verzeichnen.

Pavel Mayer (PIRATEN) bemerkt, dass ihm Verunsicherung in der Berliner Wirtschaft nicht aufgefallen sei. Sie schlage sich auch nicht in Veröffentlichungen nieder. Einem Artikel der „Welt“ vom Oktober 2012 mit der Schlagzeile „Berliner Wirtschaft verunsichert“ zufolge werde die aktuelle Lage als gut bewertet, lediglich ein weniger starkes Wachstum in der Zukunft erwartet. Mit der Fragestellung werde etwas impliziert, das nicht klar sei. Von der erneuten Verschiebung des Eröffnungstermins seien bestimmte Branchen betroffen, eine allgemeine Verunsicherung der Berliner Wirtschaft könne er nicht feststellen. Zynisch könnte man einwerfen, dass dadurch wahrscheinlich 2 Mrd. Euro mehr in die Region investiert würden.

Nicole Ludwig (GRÜNE) vertritt die Auffassung, dass es in bestimmten Bereichen Verunsicherung gebe. Dazu trage fehlende Planungssicherheit bei. Ein Großteil des Arbeitsplatzzuwachses in Berlin sei importiert, nicht hier entstanden. Händler hätten am BER investiert, viele seien verunsichert, hofften aber darauf, dass dies irgendwann Einnahmen bringen werde. Ihr gehe es um die Gesamtfrage, welche Auswirkungen die Verschiebung auf die Berliner Wirtschaft habe. Unternehmen im Flughafenumfeld wäre geholfen, wenn mehr Flugverkehr in Schönefeld abgewickelt werden würde und nicht alle nach Tegel strömten. Könne darauf

mit Gebührensatzungen Einfluss genommen werden? Sie interessieren zu dem erwähnten Ansiedlungsschub im Korridor zwischen BER und Stadtmitte, welche Daten zu Bereichen und Branchen vorlägen.

Vorsitzender Michael Dietmann stellt fest, dass weitere Wortmeldungen nicht vorlägen.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.